

Sagen, was Sache ist.



's Rote Füchsle

www.spd-ehingen.de

Nr. 200

erscheint monatlich

1. Juli 2010

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

EU-GR-Charta, Art. 11: Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe ... zu empfangen und weiterzugeben.

Zur 200. Ausgabe

Liebes Rotes Füchsle,



200 Ausgaben, das ist wahrlich ein Grund zum Gratulieren! Jede Ausgabe mit aktuellen Informationen, aber auch mit historisch Wissenswertem, mit persönlichen Anmerkungen und auch manchmal mit einem Fingerzeig oder mit Mahnungen des Zeitungsmachers. Persönliches und Politisches haben Platz im Roten Füchsle!

Und dabei ist das Rote Füchsle eine Parteizeitung, die nicht nur von einem kleinen Mitgliederkreis gelesen wird, sondern weit darüber hinaus. Beweise hierfür gibt es genügend: Wenn die lokale Presse Nachrichten übernimmt oder Artikelschreiber von einem Bundesministerium eingeladen werden, wenn das Rote Füchsle durch Beiträge Diskussionen in Kommunalparlamenten auslöst oder VertreterInnen anderer Parteien auf Artikel reagieren.

Inhalt und Aufmachung sind stark geprägt vom "Heraus-

geber", sind untrennbar verbunden mit Ludwig Dorner. In vielen Stunden und mit großer Zuverlässigkeit wird Ausgabe um Ausgabe gestaltet und gedruckt. Dann in einem ausgeklügelten Verteilungssystem an die Leserin und den Leser gebracht, denn auch wenn viele "Abonnenten/Abonnentinnen" per Mail erreichbar sind, muss doch die klassische Art der Verteilung funktionieren. Das verdient Respekt und Anerkennung!

Für uns, die Genossinnen und Genossen hier vor Ort, ist das

Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte | 100 Ausgaben Roter Seehas
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
(L)eserpost 1
- 5 (A)bgestimmt (Georg Mangold)
(L)eserpost 2 - Amnesty International
- 6 Alles nur Zukunftsmusik?
- 7 60plus | Erlöser abhanden gekommen?
- 8 Aus der Arbeit des
Europäischen Parlaments |
Unbemannt und überm Acker
- 9 Der Kunde ist der Depp
- 10 Damals im Juli
- 11 Karl der Große, erster europäischer
"Präsident"
- 12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 13 Manchmal wie im Wilden Westen
- 14 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
Hoffentlich nicht antisemitisch ...
- 16 (R)umgefragt
- 19 Ehinger Rathaus: kein Personalrat
- 20 Evelyne Gebhardt antwortet
- 23 So stand es im Juli 2000
im Roten Füchsle
- 24 Termine, Hinweise u. a. ■

weiter auf Seite 3 →→→

Adress-
Aufkleber

EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung



Liebe Leserinnen und Leser!

Diesmal steht hier ausnahmsweise ein **Gastkommentar**:

Sagen, was Sache ist

's Rote Füchse

199-mal hat uns das Rote Füchse begrüßt als Druck- oder Internet-Version per Mail. Diese Juli-Ausgabe 2010 trägt die Nr. 200.

Lieber Ludwig (Dorner), du und dein Team, ihr habt etwas ganz Besonderes geschaffen. Das Rote Füchse hat sich als langlebiges schlaues Tier erwiesen, das auch noch maßlos untertreibt: Es bezeichnet sich als Mitteilungsblatt des Ortsvereins Ehingen/Donau und Umgebung. Berichtsraum und Ortsverein sind korrekt wiedergegeben, dann stimmt aber nichts mehr. Internationale, Bundes-, Landes- und

Kommunalpolitik (oft kritisch kommentiert) und "Interessantes aus aller Welt" haben genauso ihren Platz wie die Beobachtung des Abstimmungsverhaltens der Mandatsträger in der Region. Im Europäischen Parlament schaut sich das neugierige Füchse genauso um wie auf dem heimischen Marktgeschehen und wie in der Geschichte der SPD ... und, und.

Kurzum, Ludwig und deine Truppe, ihr habt in der Region etwas geschaffen, das nicht nur durch das unermüdliche Eintreten für die Grundwerte der SPD, sondern für die gesamte Bevölkerung große Bedeutung erlangt hat. Herzlichen Glückwunsch und macht weiter so. Alles Gute vom Roten Seehas.

Übrigens Ludwig: Die oft gehörte Bezeichnung "Blättle" ist eine liebevolle Verniedlichung und drückt den Stolz auf das "Mitteilungsblatt" aus. Das sagt der Alemanne zum Oberschwaben!

Karl-Heinz König
(Haupt-Macher des Roten Seehas)
Meersburg (Bodensee, Baden)

Herzliches Danke! (Die Redaktion samt ihrem Blättlesmacher)
Siehe auch Seite 3! ■

„Rund“ oder „höher“: Wir **gratulieren** diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage			Mitgliedschafts-Jubiläen			
geboren am		wird	Eintrittsjahr		Jahre	
4.	7.	Norbert Huber	40	1979	Ulrike Hackel	31
6.	7.	Wilfried Maier	45	1971	Kurt Efinger	39
7.	7.	Angelika Markert	55			
13.	7.	Josef Kneer	82			
11.	7.	Rosemarie Bauer	78			

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet - natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchse wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchse, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsele@t-online.de * **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



Fortsetzung von Seite 1 - Liebes Rotes Fuchsle

Rote Fuchsle zu einem liebevoll gewordenen Bindeglied in unserer Partei geworden.

Und auch wenn ich manchmal in den Verdacht komme, manche Ausgabe nicht von der ersten bis zur letzten Seite gelesen zu haben, ist das Rote Fuchsle auch für mich ein wesentlicher Bestandteil unseres Parteilebens.

Ich bedanke mich herzlich für das große Engagement, mit dem unsere sozialdemokratische Idee einer besseren und gerechteren Gesellschaft befördert wird. Ich bedanke mich herzlich für die Möglichkeit, mit eigenen Beiträgen im Roten Fuchsle für die sozialdemokratische Idee werben zu können. Ich freue

mich auf viele weitere Ausgaben und wünsche dem Roten Fuchsle weiterhin viele interessierte Leserinnen und Leser.

Mit solidarischen Grüßen

Hilde Mattheis MdB

Stv. Landesvorsitzende

Herzliches Danke! (Die Redaktion) ■

Ausgabe
100
18.05.2010

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten,
Verbände und Privatpersonen aus der internationalen
Bodenseeregion

's Rote Fuchsle feiert nicht allein

Der Rote Seehas, seine Online-Schwesterzeitung, erschien soeben in der hundertsten Ausgabe.

Der Rote Seehas betreut seine Leserschaft in den Kreisen Biberach, Ravensburg, Lindau und Bodensee sowie in Vorarlberg und der benachbarten Schweiz — und darüber hinaus wie wir auch.

Faszinierend ist es immer wieder, im Roten Seehas konkret zu erleben, dass sozialdemokratische Ideen und Vorstellungen an natürlichen und politischen Grenzen nicht Halt machen. Das lüftet den Geist und spornt an - eine Erkenntnis, die uns hier gewiss auch nicht schadet. **Im Roten Seehas wird überzeugt Europa gelebt!**

Wir gratulieren dem Roten Seehas und seinen Machern Karl-Heinz König und Willi Bernhard - beides Urgesteine der Bodensee-Sozialdemokratie. ■

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,
Fon 07391-5 39 05,
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende
Heidi Ankner;
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße 7,
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin **Bruni Oehrke**; Bruni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer **Ulrich Möhrle** (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**,
Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis;
Söflinger Straße 145, 89077 Ulm,
Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701;
Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de;
Mitarbeiterin **Susanne Nödinger**

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon
0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67
13, hilde.mattheis@bundestag.de;

Kerstin Krell, **Markus Heckmann**, **Karl Piberhofer** (wissenschaftlicher Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Söflinger Straße 145; 89077 Ulm,
Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21,
hilde.mattheis@wk.bundestag.de; **Ingo Bergmann** - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete
Evelyne Gebhardt MdEP; Keltergasse 47,
74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22;
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;
www.evelyne-gebhardt.eu ■



SPD-Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert.
Die Auswahl besorgte die Redaktion.

"Euro-Rettungsschirm muss in Gesamtkonzept eingefügt werden"

Mit diesen Worten kommentiert die SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Hilde Mattheis, den von der schwarz-gelben Regierung am 22. Mai 2010 auf den Weg gebrachten Rettungsschirm (Finanzmarktstabilisierungsgesetz).

"Es steht außer Frage, dass auf die durch die Griechenland-Krise hervorgerufene Euro-Destabilisierung umgehend reagiert werden muss - allerdings darf dies nicht durch

eine einfache Kreditermächtigung geschehen", so Mattheis weiter.

Die Bundestagsabgeordnete fügt ergänzend hinzu: "Es ist unbedingt erforderlich, dass parallel zum Euro-Rettungsschirm auch neue Regeln für die Finanzmärkte und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden müssen. Letztere darf aber nicht nur zur Beruhigung der Bevölkerung dienen, sondern muss einen ernsthaften Ansatz zur

Begrenzung der hochriskanten Spekulationsgeschäfte darstellen. Die zögerliche Haltung der Bundesregierung und insbesondere der Alleingang beim Verbot der so genannten "Leerverkäufe" lassen den Verdacht erhärten, dass durch Sym-bolpolitik und Lippenbekenntnisse von der Handlungsschwäche der Regierungskoalition abgelenkt werden soll".

"Nicht die Finanzmärkte sollen die Welt regieren, die Entscheidungen müssen in den Parlamenten getroffen werden!" ■

Anmerkung: Obiger Text ist die Antwort vom Büro Hilde Mattheis auf die Anfrage des Roten Fuchses, warum sich die SPD-Bundestagsfraktion bei der Abstimmung zum "Finanzmarktstabilisierungsgesetz" der Stimme enthielt. ■

(L)eserpost 1

Deinen Beitrag zu Griechenland finde ich sehr gut und passend, hier hätten sich andere auch noch sehr viel

deutlicher zu Wort melden müssen. Ich werde hier immer wieder gefragt, warum die Deutschen den Griechen helfen, wenn sie doch so schlecht von ihnen denken.

Karl-Heinz Irgang
Blaubeuren
zur Zeit: USA

Abgelehnt!!!

"Als im Jahr 2004 und 2005 Eurostat, also die Statistikbehörde der EU, angemahnt hat, dass die Zahlen aus Griechenland falsch seien - ich sage die Jahreszahlen noch mal: 2004 und 2005 -, haben die Kommissionsbeamten bereits gesagt: Die Griechen liefern falsche Zahlen, wir müssen da stärkere Instrumente zur Kontrolle haben. Da haben die beiden größten Mitgliedsländer der EU, Deutschland und Frankreich, in fröhlicher Eintracht gesagt, kommt überhaupt nicht infrage, hinterher kontrolliert ihr uns noch und das wollen wir nicht."

Martin Schulz (MdEP, SPD), Sprecher der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, in einem Deutschlandfunk-Interview am 17. Juni 2010, 7:19 Uhr. ■



(A)bgestimmt Georg Mangold, Fraktionsvorsitzender

Gemeinderatssitzung 20. Mail 2010

Baubeschluss für den zweiten Bauabschnitt im Franziskanerkloster, Räume schwerpunktmäßig für die Vhs, z.T. auch noch für die Jugendmusikschule, ein Treppenhaus wird versetzt, für das Dachgeschoss gibt es einen 2. Aufzug, eine tolle "Lehrküche" für Vhs-Kurse: **ja**

Änderung Bebauungsplan (BP) Alter Postweg (Erweiterung von Toom beim Borst), Toom will auf 10 000 m² erweitern, also zusätzlich ca. 3500 m²; da die Baugrenzen erweitert werden, muss der BP geändert werden, es kommen 150 zusätzlich Parkplätze dazu, allerdings auf Kosten der landwirtschaftlichen Fläche zwischen B311 und Möbelhaus. Diskussionspunkt: Genau diese Fläche ist schon seit langem Ausgleichsfläche, wurde aber nicht als solche umgestaltet. Im Gemeinderatsbeschluss wird nur festgelegt, dass diesmal zeitnah eine doppelte Fläche als Ausgleichsfläche zur Verfügung gestellt wird: **ja**

Für 68 000€ wird das Planungsbüro Sonnenstädt aus Ehingen als billigster Bieter mit der Fachplanung für die technische Ausrüstung beim Umbau der Längenfeld- und der Hermann-Gmeiner-Schule zur Ganztagschule beauftragt: **ja**

Techn. Ausschuss 20. Mai 2010

Vergabe von Bauarbeiten für die Erschließung der 4. Erweiterung im Baugebiet Sonnengrubäcker in Kirchbierlingen. Die Erweiterung muss von 6 Bauplätzen auf 12 Plätze erhöht werden, da im Ort bereit 9 ernsthafte Interessenten da sind. Eine eigentlich erfreuliche Entwicklung: **ja**

Vergabe von Brandschutztüren für die Realschule - Kosten etwa 77 000 €, billigster Bieter war Fa. Rehm Metallbau in Filderstadt. Hier braucht man auswärtige Fachanbieter: **ja**

Die anderen Tagesordnungspunkte waren nichtöffentlich. ■

(L)eserpost 2

Lieber Ludwig Dorner,

mit Deinem Appell gegen die nationalistischen und populistischen Töne in der Diskussion um die Euro- und Griechenlandkrise hast Du mir aus dem Herzen gesprochen. Solche Töne schaden unserem Ansehen bei unseren Nachbarn sehr und können schlimme Erinnerungen wecken.

Wir sollten nicht vergessen,

dass die EU und der Euro ein politisches Projekt und kein rein ökonomisches sind. Unsere Nachbarn haben der deutschen Einigung nicht zuletzt deshalb zugestimmt, weil sie darauf vertrauten, dass sich Deutschland fest in ein vereintes Europa einbindet und sich nicht wieder zu einer Hegemonialmacht auf diesem Kontinent entwickelt.

Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Schäuble

würde ich keinen solchen Vorwurf machen. Ich habe Merkels Rede vor dem Weltfinanzgipfel in Berlin gehört. Sie enthielt auch einen überzeugenden Appell an die Euro-Länder, sich der gemeinsamen Verantwortung für eine stabile Währung bewusst zu sein.

Herzliche Grüße

Peter Didszun
Weingarten

Arbeitskampf - Gewerkschafter in Gefahr

Sie werden bedroht, entführt, gefoltert und ermordet. Und das, obwohl sie lediglich ihr Recht wahrnehmen, Gewerkschaften zu begründen und für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich weltweit für den Schutz bedrohter Gewerkschafter ein. Beispiel Kolumbien: **Gewerkschafter als Zielscheibe**. 37 Gewerkschafter wurden im vergangenen Jahr in Kolumbien **ermordet**. Damit ist Kolumbien für Gewerkschaftsmitglieder eines der gefährlichsten Länder der Welt.

Und **bei uns** laufen den Gewerkschaften die Mitglieder **davon** ...
Oder man sieht gleich gar keine Notwendigkeit einzutreten. Geht's noch? ■



Technik im Haus der Zukunft

Alles nur Zukunftsmusik?

Ludwig Dorner

Anlässlich einer Jubiläumsausgabe darf man nicht nur Rückschau halten, man darf auch einen Blick in kommende Zeiten wagen. Das Fachblatt dlz-Agrarmagazin sieht ins Jahr 2025 und ahnt manches, was uns heute noch utopisch vorkommen könnte. Wir schauen mal rein:

Die Häuser sehen äußerlich möglicherweise gar nicht wesentlich anders als heute aus. Technische Änderungen lassen sich in bestehende Bau-substanz integrieren, meint das Blatt. Ich nenne und ergänze einige Beispiele aus dem Beitrag:

- Waschmaschine und Geschirrspüler erfahren übers Internet, wann zum Beispiel reichlich Wind weht und damit genügend oder preiswerterer Strom zur Verfügung steht. Erst jetzt starten sie ihre Programme.
- Türen und Fenster lassen sich nur per Fingerabdruck öffnen, damit kein Unbefugter so leicht reinkommt.
- Damit weiß die zentrale Elektronik zugleich, wer im Haus ist. Sind alle fort, werden auf jeden Fall Bügeleisen, Backofen und Herdplatten sicherheitshalber alle abgeschaltet.
- Bei älteren Leuten kann man über Fußbodenkontakte ermitteln, ob, wie oft und wann zuletzt sie sich wo in der Wohnung bewegt haben. Ist alles ok, geschieht nichts. War en Oma und Opa aber schon seit Stunden nicht auf der Toilette, könnte ihnen etwas zugestoßen sein, und das System benachrichtigt Angehörige/Pflege- oder gar Rettungsdienst.
- Ein "oberschlauser Computer" verwaltet und überwacht die Haustechnik, ermittelt aber auch Preise, berät beim Einkauf bis hin zu Finanzdienstleistungen — *naja, wer daran glauben mag ... (LD)*
- "Selbstverständlich" liefern Einrichtungen auf dem Hausdach Solarstrom und -wärme, so dass der Eigenbedarf gedeckt ist.
- Die Hauselektronik bemerkt, wenn ein Fenster offensteht und die Heizung auf voller Leistung läuft. Sie benachrichtigt dann zum Beispiel jemand per SMS aufs Handy.
- Selbstfahrende Rasenmäher und Staubsauger werden vom Haus-PC beauftragt, ihren Job zu tun - selbsttätig.
- Elektronisch gesteuerte Bewässerungsanlagen führen Garten und Balkon die genau notwendige Wassermenge zur besten Zeit zu - wie es Rotes-Fuchse-Autor Manfred Kistler im Juniheft vorschlug, freilich derzeit noch von Hand zu betreiben.
- Halbfertig zubereitete (gekaufte) Speisen bestimmen künftig noch mehr den Alltag. Der Computer weiß, was an Vorrat im Hause ist, was eventuell alsbald besorgt werden muss usw. (*Ob er auch gleich nach Preisvergleich bestellt? LD*)

- Sensoren schalten das Raumlicht beim Betreten ein und nach Verlassen wieder aus.
- Wasserhähne stellen sich von selbst wieder ab.
- Der WC-Sitz erkennt den Benutzer und stellt sich auf dessen Körpergröße ein.

Manches klingt vielleicht gar zu utopisch. Aber Vorsicht! Unsere (Ur-)Großeltern konnten weder Fernsehen noch Waschmaschine, weder Telefon noch Handy, und eben kamen die ersten Autos auf. Geflogen sind sie nie, Auto gefahren auch kaum. Es gab keine Computer und keine elektrischen Bügeleisen, keine Navis und keine Klimaanlage im Auto und keine Solaranlagen auf dem Dach ...

Die Reihe ließe sich noch lange fortsetzen. Und hätte man ihnen damals erzählt, dass wir all das und noch vieles mehr längst als selbstverständlich betrachten, hätten sie nur ungläubig mit dem Kopf geschüttelt und uns für Spinner und Fantasten gehalten.

Wir sollten bei aller gesunden Skepsis nicht denselben Fehler begehen.

Zumal, so weiß das dlz-Agrarmagazin, das allermeiste an dieser Zukunftstechnologie längst entwickelt ist und kurz vor der Serienreife steht.

Na dann ... ■



Einladung zu unserem nächsten **Treff am 14. Juli 2010 im Spatzennest**,
Beginn wie immer um 15.00 Uhr

Liebe ASS / 60plusler,

zu diesem Termin haben wir uns entschieden, da bereits viele von uns im Juni ihren Urlaub antreten. Unser Blausteiner Vorstandsmitglied Emil Lehle wird uns wie immer verwöhnen.

Gleichzeitig werden wir zum **Sommerfest der AWO** wie in den vergangenen Jahren recht herzlich eingeladen. Es findet statt am Donnerstag, dem **29. Juli 2010** - ebenfalls natürlich im Naturfreundehaus Spatzennest. Bereits ab 14.00 Uhr wird hier gefeiert.

Unser Treffen vom vergangenen Mittwoch, 12. Mai 2010, hatte ein mehr als volles Programm: gleich zwei 70er **Geburtstage** wurden nachgefeiert. Peter Hörner wurde vor ca. 2 Monaten 70 und Ferdinand Hartmann am vergangenen Samstag.

Der letzte Zeitungsbericht führte zu einigen Nachfragen. **Glückwunsch** an unsere Heidi Anker - sie rückt in den Gemeinderat von Blaustein nach.

Eine Auswahl unserer **Diskussionsthemen**: Bischof Mixa und die Kirchengaustritte, der Kapitalmarkt, die Wirtschaftssituation in Griechenland und die Podiumsdiskussion über Griechenland, veranstaltet von unserer BA Hilde Mattheis am Samstag (08.05.10).

Das Thema "**Hedgefonds**" kam natürlich auch recht umfangreich zum Gespräch. Das Thema **Stuttgart 21** wird uns sicherlich noch länger beschäftigen. Anlass hierzu war der nicht gerade schmeichelhafte Zeitungsbericht über den Infoabend unseres Landtagsabgeordneten Drexler in Merklingen.

Die Ergebnisse der Wahlen in **Nordrhein-Westfalen** und damit unsere Zukunftsaussichten waren dann natürlich Hauptthema.

Emil Lehle schlug eine Betriebsbesichtigung der **Firma Liebherr** in Ehingen vor - wir fassen nach. Zum Abschluss unseres Treffens folgte noch eine pol. Rückblende mit Gesang unseres Josef Epli, die gekonnt vorgetragen wurde.

89171 Illerkirchberg, den 17. Mai 2010 - Horst Feiler ■

Ist uns neulich fast ein **Erlöser** abhanden gekommen? Wurde uns sogleich ein neuer untergejubelt? Alles zum Wohle der missratenden Bundesregierung?

Wie frohlockte doch damals ein Teil der Medien, als Horst Köhler Bundespräsident geworden war. Er sollte den Deutschen schiergar das pure Heil bringen, und zwar umgehend. Wörtlich weiß ich es nicht mehr, aber sinngemäß titelte damals eine groß schreibende Boulevardzeitung: "Kann uns **Bundeshorst** retten?" Als ob wir mit ihm einen Kaiser mit absolutistischen Fähigkeiten gefunden hätten, der nur seine Privatschatulle ein wenig öffnen

müsste und kluge Sätze sagen müsste, um uns alsbald von allen Sorgen zu erlösen.

Wie schön — und wie doof!

Auch diemal mischten die Massenmedien wieder mit, die Krawallos ebenso wie seriös tuende Nachrichtenmagazine. Kaum hatte Schwarz-Gelb Christian Wulff auserkoren und sich Rot-Grün auf Joachim Gauck festgelegt, da legten sie alle wieder los. Und plötzlich wurde der von den Mehrheitsverhältnissen her eigentlich chancenlose Gauck emporgejubelt. Warum nur? War es ehrlich gemeint, weil er besser geeignet sei? Oder sollte er bewusst in eine für Christian

Wulff gefährliche Nähe gerückt werden, nur um für diesen eine **sichere Mehrheit zu erpressen?**

Sollte damit von der CDU- und FDP-nahen Presse die schwarzgelbe Regierung letztlich gestützt und vor dem Kollaps bewahrt werden? Denn als die Gauck-Euphorie gar zu groß werden schien, fanden sich plötzlich welche, die gewaltig am "Heiligenschein" zu kratzen anhuben.

Welche Kräfte waren da am Spiel? Sollte die Merkel-Regierung gerade so weiterwursteln dürfen? Sollte so der Hase laufen?

LD ■



Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

www.europarl.europa.eu/pdf/welcome_brochures/for_you/working_for_you_de.pdf

Katalog für Einbrecher und Bankräuber

MdEP Evelyne Gebhardt fordert Widerstand gegen Google

„Wo Google draufsteht, ist auch Google und garantiert kein Datenschutz drin.“ Mit diesen Worten warnte die Verbraucherschutz-Expertin Evelyne Gebhardt vor Street-View-Aufnahmen des amerikanischen Unternehmens. Die Mulfingener SPD-Europaabgeordnete forderte die Bürgerinnen und Bürger auf, sich der Initiative der Bürgermeister des Hohenlohekreises gegen Googles Street-View anzuschließen.

Ein Musterbrief an das Unternehmen sei auf den Internet-Seiten der Gemeinden und bei den Bürgermeisterämtern erhältlich.

Evelyne Gebhardt: „Das jetzt bekannt gewordene Abgreifen von Daten aus ungeschützten Internet-Verbindungen zeigt, dass wir von Google ungeniert ausgespäht werden, so lange wir es dem Unternehmen nicht ausdrücklich verbieten.“

Mit Street-View stelle Google eine Art Katalog her, der es Einbrechern und Bankräubern leicht mache, sich geeignete Objekte auszusuchen. „Das ist unerträglich“, sagte die Abgeordnete, „dagegen muss man sich wehren.“

Das Europäische Parlament könne den Datenschutz nicht allein gewährleisten wie beim SWIFT-Abkommen für Bankdaten, sondern sei auf die

Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Alle müssten sich schützend zusammenschließen.

„Nur dann können wir sicher sein, dass wir nicht ständig aus wirtschaftlichen Interessen ausspioniert werden“, schloss Evelyne Gebhardt ihren Aufruf zum Widerstand gegen Google.

Siehe bitte auch Seite 20. ■

Landwirtschaft

Unbemannt und überm Acker

Für Ackerbau-Landwirte (und natürlich auch für die Natur) ist es wichtig, den Bedarf an Dünger möglichst genau zu ermitteln. Kein Gramm zu viel und keins zu wenig - im Idealfall. Diesem will ein neues Zukunftsprojekt der Berliner Humboldt-Universität näherkommen.

Unbemannte Kleinhubschrauber mit vier Rotoren, wie sie bislang schon vom Militär verwendet werden, überfliegen Äcker in etwa 80 m Höhe und können anhand der

Bodenfärbung im Abgleich mit weiteren Daten Nähstoffgehalt und -bedarf errechnen. Der Landwirt kann seine Düngemittelausbringung danach einrichten und bedarfs-

gerecht GPS-genau denjenigen Dünger in genau der erforderlichen Menge streuen, den sein Ackerboden an dieser Stelle braucht. ■



Der Kunde ist der Depp



Inhaltsstoffe der ein- und derselben Packung.

Links, was für Österreich gilt.

Rechts, was für Deutschland gilt.

Zum Wachsen - Blühen - Ernten - Schützen

**Warendeklaration Österreich:
DÜNGEMITTEL; Organischer Dünger**
Für die Anwendung im Hobby- und Gartenbereich.
58% Organische Substanz (bewertet als Glühverlust)
6,0% N Gesamtstickstoff
5,5% N organisch gebundener Stickstoff
4,0% P₂O₅ Gesamtphosphat
7,0% K₂O Gesamtkaliumoxid
6,3% K₂O wasserlösliches Kaliumoxid

Ausgangsmaterialien:
Wirtschaftsdünger (Hühnerdung), Federmehl, Kakao-
schalen, Traubenkernmehl, Fleischknochenmehl,
Vinassekali, Seevogelguano.

Zum Wachsen - Blühen - Ernten - Schützen

**Warendeklaration Deutschland:
Organischer NPK-Dünger 6+4+7**
unter Verwendung von tierischen Neben-
produkten (Wirtschaftsdünger Hühnerdung), pflanzli-
chen Stoffen aus der Lebens-, Genuss-
und Futtermittelherstellung, tierischen Neben-produk-
ten (Material der Kategorie 3 nach Ver-
ordnung (EG) 1774/2002: Fleischknochenmehl und
Federmehl), Vinassekali, tierischen Nebenprodukten
(1% Seevogelguano).
6% N Gesamtstickstoff
4% P₂O₅ Gesamtphosphat
7% K₂O Gesamtkaliumoxid

Inhalt: 1 kg netto e

Inverkehrbringer:
terrasan Haus- + Gartenbedarf
GmbH & Co. KG
Rosenweg 2 - 4
D-86641 Rain am Lech

Ausgangsstoffe: Tierische Nebenprodukte (Wirt-
schaftsdünger Hühnerdung), pflanzliche Stoffe aus
der Lebens-, Genuss- und Futtermittelherstellung, tie-
rische Nebenprodukte (Material der Kategorie 3 nach
Verordnung (EG) 1774/2002: Fleischknochenmehl und
Federmehl), Vinasse-
kali, tierische Nebenprodukte (1% Seevogelguano).
3% S Gesamtschwefel
2,7% S wasserlöslicher Schwefel
0,3% MgO Magnesiumoxid
58% Organische Substanz (bewertet als Glühverlust)
0,8% Na Natrium

Aufbereitungshilfsmittel:
Enthält Öl aus nachwachsenden Rohstoffen (Pflan-
zenöl) zur Staubbinding.

Auf der "österreichischen" Packungsseite lesen wir u. a. von "Federmehl, Kakao-
schalen, Traubenkernmehl, Fleischknochen-
mehl". Auf der "deutschen" Seite heißt es
stattdessen "pflanzliche Stoffe aus der Le-
bens-, Genuss- und Futtermittelherstellung,
tierische Nebenprodukte". Für Lindauer ist
außerdem Öl enthalten. Für Bregenzer gilt
das offenbar nicht. Die zweierlei Angaben
können evtl. schon dasselbe meinen, aber
warum wird es auf zwei völlig unterschied-
liche Arten beschrieben? **Hallo, EU! ■**

Und außerdem - von wegen "Bio", wie es marktschreierisch auf der Packung steht. Nicht
eine einzige der Zutaten entstammt biologisch wirtschaftenden Betrieben. Dessen kann
man sicher sein, denn sonst würde es gewiss draufstehen wie sonst auch überall. "Bio" also
nur, weil man - hoffentlich stimmt's - nicht auch noch zusätzlich Chemikalien reingekippt
hat. Abgesehen davon, was die Hühner alles zu futtern kriegten und womit die Futterpflan-
zen behandelt wurden. Ist das biologisch? Gewiss nicht! — Na toll! ■



Damals im Juli

Gerhard Tessin

Vor 90 Jahren (1920): Konferenz in Spa

Im belgischen Ort Spa fand ein Jahr nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages eine Folgekonferenz statt (5.-16.7.). Es ging um die Ausführung der Vertragsbedingungen, hier hauptsächlich um die deutschen Kohlelieferungen und die militärischen Vertragsklauseln (Abrüstung und Begrenzung des Heeres). Erstmals saßen deutsche Politiker wieder als gleichberechtigte Verhandlungspartner den Vertretern der ehemaligen Kriegsgegner Frankreich und Großbritannien gegenüber. Doch diese waren trotzdem am längeren Hebel.

Sie warfen Deutschland vor, es hätte die Vertragsverpflichtungen bei den Kohlelieferungen nicht erfüllt. Der deutsche Einwand, die Förderausfälle infolge der Streiks im Ruhrgebiet hätten dies verhindert, wurde zurückgewiesen. Bei weiterer deutscher Verzögerung drohten die Alliierten mit der Besetzung des Ruhrgebiets. In der deutschen Delegation, die vom neuen Kanzler Fehrenbach angeführt wurde, fiel der Großindustrielle Hugo Stinnes, der als Sachverständiger für den Kohlebergbau dabei war, unangenehm auf. Durch seine Arroganz und sein undiplomatisches

Auftreten schürte er erneut Misstrauen und brachte die Konferenz fast zum Abbruch.

Letztendlich siegte doch die Vernunft. Die Alliierten kamen den Deutschen etwas entgegen. So wurden die Kohlelieferungen an die Sieger gesenkt auf monatlich zwei Millionen Tonnen, und die Lebensmittelversorgung für die Bergleute sollte verbessert werden. Für die Abrüstung gab es einen Aufschub. Es blieb zwar bei der Begrenzung des Heeres auf 100 000 Mann, die Frist zur Reduzierung wurde aber bis 1. Januar 1921 verlängert. Bis dahin mussten auch die Einwohnerwehren aufgelöst sein. In der Frage der Gesamthöhe der Reparationsleistungen gab es erneut keinen Konsens. Die Alliierten einigten sich lediglich auf einen Verteilerschlüssel untereinander: Frankreich sollte 52,5 % der deutschen Zahlungen erhalten, Großbritannien 22 %, Italien 10 % und Belgien 8 %.

Gemäß den Versailler Verträgen fanden in diesem Monat auch die Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit zum Reich statt. Im östlichen Westpreußen (Marienwerder) und im südlichen Ostpreußen (Gebiet Allenstein) sprach sich die Bevölkerung mit weit über 90 % für Deutschland aus. Im Grenzgebiet Eupen-Malmedy

(südlich v. Aachen) war die Abstimmung alles andere als demokratisch. Die Belgier ersetzten die geheime Wahl durch öffentlichen Eintrag in Listen. Wer für den Verbleib im Reich votieren wollte, dem wurde mit Nachteilen gedroht. Druckmittel waren Ausweisung, Kürzung von Lebensmitteluweisungen und Ausschluss von Geldumtausch. So votierte schließlich nur 1 % der Bevölkerung gegen einen Anschluss an Belgien, obwohl Eupen zu 100 % und Malmedy zu 70 % deutschsprachig war.

Vor 40 Jahren (1970): Brandt beim Papst

Bei einem offiziellen Staatsbesuch im Vatikan wurde Bundeskanzler Willy Brandt von Papst Paul IV. empfangen (13. 7.). In dem Gespräch ging es auch um die polnisch besetzten deutschen Ostgebiete und die dortige Diözeseneinteilung. Zu diesem Thema teilte Regierungssprecher Konrad Ahlers mit, dass der Papst die Bonner Ostpolitik befürwortete. Vor einem entsprechenden Abkommen zwischen Bonn und Warschau würde der Vatikan aber die Oder-Neiße-Linie nicht anerkennen.

Vor 30 Jahren (1980): Olympia-Boykott

In Moskau wurden am 19.7. die XXII. Olympischen Spiele eröffnet. Die Olympiade war geprägt



von politischen Einflüssen. Ende 1979 waren die Sowjets in Afghanistan einmarschiert. Deswegen nahmen 50 Nationen nicht teil, darunter die USA und die Bundesrepublik*.

Dem Boykottaufruf der Amerikaner folgten aber nicht alle westlich orientierten Staaten, auch nicht alle Nato-Verbündeten, u. a. Frankreich und Großbritannien. Der Boykott wurde von der Sowjetunion nicht vergessen. Die Retourkutsche des Ostblocks kam vier Jahre später bei den Spielen in Los Angeles.

* Helmut Schmidt erklärte seine damalige Entscheidung als Bundeskanzler im Buch "Auf

eine Zigarette", Auflage 2009, in dem er Gespräche mit dem Journalisten Giovanni di Lorenzo führte. Schmidt: "...dann rief mich Carter (US-Präsident, Red.) an und sagte, er hätte seine Meinung geändert, die Amerikaner würden nicht nach Moskau fahren und wir sollten das auch nicht." Auf Lorenzos Frage, ob das ein Befehl war: "Er hat auf alle Nato-Partner in Europa Druck ausgeübt - auch auf die Engländer und Franzosen. Die haben aber gesagt: "Ihr könnt uns mal" und sind trotzdem gefahren. Nur drei haben nachgegeben. Das waren die Länder, die an ihrer Grenze unmittelbar mit der sowjetischen Militärmacht konfrontiert

waren, nämlich Norwegen, die Türkei - und die Bundesrepublik."

Auf die Frage, ob er (Schmidt) wirklich keine Wahl gehabt hatte: "Ich hatte zu der Zeit ohnehin erhebliche Auseinandersetzungen mit den Amerikanern - denken Sie nur an den Konflikt über die Neutronenbombe oder über die Finanz- und Währungspolitik - und kam mit großen Bauchschmerzen zu dem Ergebnis, dass wir Deutschen uns einen zusätzlichen Konflikt mit Amerika nicht leisten können."

Auf die Frage, ob er den Boykott heute falsch finde: "Es hat nichts gebracht. Die russischen Fernsehzuschauer haben gar nicht gemerkt, dass ein paar Staaten gefehlt haben." ■



Karl der Große, erster europäischer "Präsident" (747/748 - 814)

Aachen: Ort seines Wirkens und seiner Grabstätte



Wie Karl der Große in Deutschland als Deutscher betrachtet wird, so gilt er den Franzosen ebenso als einer der Ihren ('Charlemagne'). Er war aus dem Geschlecht der Karolinger, seit dem 9. Oktober 768 König des Fränkischen Reiches und seit dem 25. Dezember 800 Römischer Kaiser. Seine Söhne teilten sein Reich unter sich auf: Sowohl Deutsche als auch Franzosen führen die Anfänge ihrer Nationalgeschichte auf Karl den Großen zurück.



Der Barbarossaleuchter (rechtes Foto) wurde im Auftrag Kaiser Friedrichs I., genannt Barbarossa, und dessen Gemahlin Beatrix etwa im Zeitraum zwischen 1165 und 1170 angefertigt und unter dem Kuppeldach der Pfalzkapelle im Aachener Dom (linkes Foto) angebracht. Der Leuchter war eine Stiftung zu Ehren der Gottesmutter Maria, der Schutzpatronin des Aachener Domes, und stellte zugleich eine Ehrung des Erbauers des Domes, Karls des Großen, dar.

Der Barbarossaleuchter wurde als Radleuchter aus vergoldetem Kupfer ausgeführt; er hat einen Durchmesser von 4,20 Metern und ist an einer etwa 27 Meter langen Kette mittig unter dem Dach der Pfalzkapelle, auch karolingisches Oktogon genannt, angebracht. Bei der Kette handelt es sich um die Originalkette aus karolingischer Zeit. Die Kettenglieder verdicken sich nach oben immer mehr, sodass vom Boden der optische Eindruck entsteht, dass die Kette stets die gleiche Stärke hat. Der Leuchter, der etwa vier Meter über dem Marmor-Fußboden schwebt, ist aus acht Kreissegmenten zusammengesetzt und ist so an die achteckige Form der Pfalzkapelle angepasst. Der Kranz des Kronleuchters soll eine Stadtmauer symbolisieren: die des himmlischen Jerusalem. (Wikipedia - Fotos LD) ■



Klara Dorner



Notizen aus der Kreistagsarbeit

Diemal habe ich es sehr einfach mit meinem Bericht aus dem Kreistag. Im Berichtszeitraum fand keine Sitzung statt, so dass ich hier diesen Platz nutzen kann, unserem Roten Fuchsle zu seinem 200. Geburtstag zu gratulieren.

Ich halte diesen Platz auch deshalb für geeignet, weil ich euch als Kreisrätin an dieser Stelle immer über die Arbeit im Kreistag aus der Sicht der SPD berichten kann.

Ja, fast 17 Jahre monatlich unentgeltlich eine Ortsvereinszeitung zu gestalten und zu veröffentlichen, war und ist ein ganz schöner Kraftakt für unseren Ortsverein. Von anfänglich 4 Seiten Veröffentlichung bis inzwischen seit Jahren zwischen 20 und 28 Seiten, da steckt sehr viel Herzblut drin.

Wodurch sich unser "Mitteilungsblatt" von anderen unterscheidet, brauche ich hier nicht aufzuführen. Das hat unsere Schwesterzeitung, "Der rote Seehas", auf Seite 2 schon so vollkommen beschrieben, dass ich einfach nur darauf verweisen muss. Danke, lieber Seehas!

Ich möchte aber wenigstens den wichtigsten Beteiligten unseres Mitteilungsblattes hier Danke sagen. Das sind in

erster Linie mein lieber Mann Ludwig, ohne den es das Rote Fuchsle (so) nicht gäbe. Ja, Ludwig, bei aller Bescheidenheit, aber es ist so!

Du erstellst nicht nur das Rote Fuchsle, du initiiert und koordinierst die zum Teil sehr regelmäßigen Rubriken und erweiterst das Themenangebot durch viele eigene und recherchierte Beiträge.

Ohne Gerhard Tessin würde sicher manches historische Ereignis nicht in unser Gedächtnis oder in unseren Blickpunkt gerückt.

Ohne (A)bgestimmt und (R)umgefragt würden wir viel weniger über die Meinung unsere Mitglieder, Mandatsträger und Sympathisanten wissen. Und, und, und ...

Dass wir keine reine Internetzeitung sind und sein wollen (obwohl ein Vielfaches der Druckauflage inzwischen weltweit als PDF zu einer über unseren Ortsverein hinausreichenden Leserschaft geht), hat auch einen Grund:

Demokratische Teilhabe sollte jedem/r möglich sein. Auch denjenigen, die mit den elektronischen Medien nicht vertraut sind oder nicht die Möglichkeit dazu haben. Damit dies möglich ist, darin unterstützt und drucktechnisch, grafisch und freundschaftlich verbunden Gerd Pepela von der Firma Peletronia mit viel Engagement.

Aber was wäre eine Zeitung ohne "Zusteller" und ohne Leserschaft? Wertlos! Wie wäre eine Zeitung ohne Werbung finanzierbar ohne die vielen und teilweise sehr großzügigen Spender/-innen? Gar nicht!

Deshalb hier an dieser Stelle ganz herzlichen Dank an all diejenigen, die zum "Leben" des Roten Fuchsles beigetragen haben und hoffentlich noch sehr lange beitragen werden. Ich bin schon ein bisschen stolz auf euch.

Eure Ortsvereinsvorsitzende
Kärle Dorner ■

Hinweis

Das **Protokoll vom Dienstagstreff** im Juni erscheint in der August-Ausgabe. ■

Fußballwitz

Fragt der Lehrer: "Wer kann mir sagen, ob es DER Monitor oder DIE Monitor heißt?" Antwortet Fritzle: "Wenn Moni ein Tor schießt, dann heißt es DAS Monitor." ■



Juso-Landesdelegiertenkonferenz in Konstanz

Manchmal wie im Wilden Westen

Stephanie Bernickel

Am frühen Morgen des 8. Mai machten sich drei Jusos auf den weiten Weg nach Konstanz. Während meine beiden Mitstreiter noch etwas Schlaf nachholen mussten, bestand meine Aufgabe darin, uns drei sicher nach Meersburg zu bringen. Mit etwas Verspätung, aber glücklicherweise noch rechtzeitig erreichten wir k.o. vom Bergaufstieg die Veranstaltung.

Der Samstag war geprägt von allerhand Entscheidungen über Personalia, Arbeitsprogramme und Initiativanträge. Allein die Aussprache über den Rechenschaftsbericht des Landesvorstands dauerte fast vier Stunden. 75 Redebeiträge wollten immerhin gehört werden.

An dieser Stelle möchte ich unserem alten und neuen Landesvorsitzenden Frederick Brütting ganz herzlich für seine Unterstützung im vergangenen Arbeitsjahr danken. Er war sich nie zu schade, sich auf den weiten Weg in unser kleines Alb-Donau zu machen, um mit uns zu diskutieren und Gedanken auszutauschen.

Im Laufe der Debatte ging es manchmal zu wie im Wilden Westen: Mitglieder des einen Lagers wetteten gegen Mitglieder des anderen Lagers und umgekehrt. Als teilweise unbeteiligte Beobachter konnten wir uns über so viel Intoleranz dem bzw. der anderen gegenüber nur wundern. Der erste Sitzungstag endete dann gegen 22.30 Uhr, ohne dass viele Anträge beraten worden wären. Aufgrund unserer großen Müdigkeit ließen wir die anschließende Konferenzparty ausfallen und machten uns stattdessen auf den Weg zur Fähre.

Der Sonntag begann ähnlich wie der Samstag geendet hatte. Wahlergebnisse wurden bekannt gegeben,

und wegen des Katers einiger Konferenzteilnehmer lief der zweite Sitzungstag sehr schleppend an. Trotz allem war es an diesem sonnigen Sonntag aber doch noch möglich, über einige Anträge aus den Kreisverbänden abzustimmen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir für das kommende Arbeitsjahr insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf ein gutes Fundament gelegt haben. Bildung wird das zentrale Thema für unseren Jugendwahlkampf sein und wir sind uns sicher, dass wir damit die jungen Wähler von uns und unseren Ideen überzeugen können. ■



Friedlich-freundlich am Tagen

Unsere Alb-Donau-Jusos auf der Juso-Landesdelegiertenkonferenz in Konstanz.

Erste Reihe (von links): Nils Fischer, Stephanie Bernickel, Jan Schubert

Foto: Julian Scharpf



Es stand vor
10 Jahren
im Roten Fuchsle

“Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.”

Unter dieses Motto stellte Landtagskandidat W. Stummer seinen Wahlkampf.

Liebe Leserinnen und Leser (Juli 2000!)
Siehe hierzu Seite 23

Was Raute Fixle so moit

Diese Rubrik wurde über längere Zeit gepflegt. Allerdings besteht sie nicht mehr, weil der Redaktion nie klar wurde, ob sie lesenswert sei oder nicht.

Im Juli 2000 wurde die Dauerbaustelle von www.ehingen.de kritisiert, die immer wieder längst überholte Inhalte anbiete.

Ideenwerkstatt für die Zukunft

So überschreibt Joachim Schmucker seinen Beitrag zur Agenda 21.

Lieber SPD-Landesverband

Ortsverein und Rotes Fuchsle danken dem Landesverband für einen finanziellen Beitrag zum Erhalt des Fuchsles.

Damals im Juli

Gerhard Tessin waren folgende Themen wichtig: 1900 erster Zeppelin - 1950 Koreakrieg - 1950 Zentralrat der Juden gegründet - 1960 OECD gegründet - 1960 Kennedy nominiert - 1980 Olympia-Boykott

Wenn die Familie Pleite macht

's Rote Fuchsle berichtet darüber mit freundlicher Genehmigung des AWO- Magazins.

Fremdwort für Fahrgestell

's Rote Fuchsle machte sich damals noch die Mühe, Kreuzworträtsel selbst zu erstellen.

Laptop und Lugenbeutel

Über Wahlkampfdummenfangtricks der CDU. Mehr dazu auf Seite 22 ■

X (A)bgestimmt — wie?

's Rote Fuchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben. Sie haben dies freundlicherweise mitgeteilt. Danke!

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt — e = enthalten

Evelyne Gebhardt, MdEP

1	Zulassung des Fleischklebers Thrombin	n
2	Aufforderung des EU-Parlaments an die Kommission, die Einführung von Steuern auf Finanzgeschäfte zu prüfen (Finanztransaktionssteuer) http://www.europarl.europa.eu/news/public/fo-cus_page/008-74291-127-05-19-901-20100507FCS74267-07-05-2010-2010/default_p001c012_de.htm	j

Hilde Mattheis MdB

1	20.05.2010: SPD-Antrag: Für ein modernes Patientenrechtsgesetz	j
---	--	---

Klärle Dorner, Kreisrätin

1	Geänderter Entwurf zum Radwegkonzept 2009 in Radwegkonzept 2010	j
2	Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) zum 1. Januar 2013	j

Manfred Hucker, Gemeinderat

1	Bebauungsplan 4. Änderung Alter Postweg d.h. Erweiterung Borst (Aufstellungsbeschluss)	j
2	Umbau und Renovierung des Franziskanerklosters 2. Bauabschnitt	j

Georg Mangold, Gemeinderat und Frakt.-Vorsitzender

1	Siehe Seite 5	
---	---------------	--

Joachim Schmucker, Gemeinderat

1	Aufstellungsbeschluss Änderung des Bebauungsplans Alter Postweg zur Erweiterung des Toom-Baumarkts	j
---	--	---

Hoffentlich nicht antisemitisch gemeint!

- "Der Sohn des legendären jüdischen Kunstsammlers Heinz Berggruen wird Eigentümer des Karstadt-Konzerns."
- Seine Mitbewerber waren der Sohn des katholischen Eisenhändlers Franz Talblauer und die Tochter des evangelischen Industriellen Fritz Eisenmann.

Was ist daran bemerkenswert? Der zweite Punkt ist frei erfunden, jedoch der erste stand genau so am 8. Juni 2010 in der Südwestpresse. Seit wann spielt denn die Konfession des Vaters eines Geschäftsmanns eine Rolle - außer wenn diese jüdisch war? Das ist, liebe SWP, doch hoffentlich nicht antisemitisch gemeint! ■



Besinnungsweg

Aachen: Gleich beim Dom wurden Steine in den Gehweg eingelassen, die Namen von Frauen und Männern tragen, die an AIDS verstorben sind.

Ob man so etwas Ähnliches auch im Ehinger Raum an geeigneten Orten anlegen könnte? Es könnte dann um Namen von Opfern hiesiger nationalsozialistischer Gewalt gehen ...

Damit auf Dauer Ehingens Reputation vielleicht nicht NUR auf Bier beruhen muss, sondern auch auf besonderem Anstand und auf Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Geschichte, wie sie nun einmal war.

Empfehlung (nur als Anregung): www.stolpersteine.com

Foto LD ■

Nils Schmid



Lieber Ludwig Dorner,

ein ganz herzlicher Glückwunsch zur 200. Ausgabe des Roten Fuchsles!

Ich danke Dir und Deinen Mitstreitern im Namen der SPD in Baden-Württemberg und auch persönlich ganz herzlich für eure so engagierte und unermüdliche Arbeit, mit der ihr unser Parteileben, aber auch das Gemeindeleben bei euch insgesamt bereichert und mitprägt.

Die Sozialdemokratie lebt durch diese Basisarbeit. Ohne diese Kreativität und Tatkraft wären unserer Ziele und politischen Vorhaben nicht zu verfolgen. Gerade in der heutigen Zeit des rasanten Umbruchs kommt es für die SPD auf die Frauen und Männer an, die sich mit Herzblut ehrenamtlich vor Ort engagieren und sich in vielfältiger Weise für unsere Grundwerte, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen.

Deshalb nochmals mein herzlicher Dank an alle Macher des Roten Fuchsles – auf dass es noch lange weiterläuft!

Nils Schmid
SPD-Landesvorsitzender

Herzliches Danke! (Die Redaktion) ■





Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Füchse hat wieder seine Leserschaft* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.

(R)umgefragt

*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?
Gerne! Einfach E-Mail an Rotes.Fuechsle@t-online.de



Das war die erste Frage:

Am 21. Mai 2010 hat sich die SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit den GRÜNEN bei der Abstimmung zum Euro-Rettungsschirm der Stimme enthalten. Gekniffen oder weise?

Da die CDU/FDP-Regierung immer nur reagiert anstatt zu agieren, ständig an den Symptomen rumdoktert anstatt die bekannten Ursachen zu bekämpfen, war die Abstimmung richtig. Hier muss an die Wurzeln gegangen werden, und zwar weltweit!

Klima-Gipfel ist gut, Finanzgipfel wäre aktuell noch besser! Da sind Finanzspekulanter am Werk, die das Lebenswerk von Generationen zerstören. Das kann man nicht hoch genug aufhängen.

Elisabeth Couvigny-Erb
Blaustein

Ob die Entscheidung als solche richtig war, wird die Zukunft zeigen. Ich hoffe, dass es richtig war, wenngleich ich die finanzpolitischen und finanztechnischen Gesetze nicht nachvollziehen kann. Da fehlt mir einfach die Vorstellungskraft und da muss ich mich auf die Fachleute verlassen.

Dass die SPD nicht gegen diesen Rettungsschirm gestimmt hat, finde ich richtig. Dass sie

nicht sofort mit Hurra dafür stimmte, begründete sie ja damit, dass sie der Meinung ist, dass der Rettungsschirm alleine, ohne die Finanzmärkte regulierende begleitende Gesetze, sofort wieder verpufft, er also nur den Finanzhaien dienlich wäre - nicht aber dem griechischen Volke bzw. Gesamteuropa.

Wir erinnern uns sehr gut daran, dass erst durch die "Drohung" von Gabriel, die Zustimmung zu verweigern, die Regierung Merkel-Westerwelle bereit war, überhaupt über regulierende Maßnahmen nachzudenken. Dann plötzlich sprachen sie von Verboten für Wetten auf Leerkredite oder sogar plötzlich von einer Finanzmarktsteuer.

Schäuble versprach, dass die Finanzmärkte einer Regulierung unterworfen würden. Die Regierung kam also der SPD sozusagen entgegen. Somit hat die SPD doch ihr Ziel erreicht?

Also warum dann doch nur eine Enthaltung und nicht ein klares Ja von Seiten der SPD?

Ich glaube, Gabriel traut der Regierung nicht, dass sie ihre

Versprechen einhalten wird. Die Töne aus der Union waren zu plötzlich so, wie wenn die CDU schon immer für diese Steuer gewesen wäre - man eben halt leider so quasi noch nicht dazugekommen sei, sie einzuführen.

Nein, Schäuble hätte die Möglichkeit gehabt, zusammen mit dem Gesetz zu den Verkäufen von Wetten auf Leerkredite weitere regulierene Maßnahmen zu fordern und Entscheidungen dazu zu treffen. Er will es wahrscheinlich nicht wirklich - vielleicht auch, weil er es mit seinem derzeitigen Koalitionspartner auch gar nicht kann.

Und dann wären mit unserer Zustimmung zum Rettungsschirm unsere Forderungen zur Regulierung der Märkte auf immer verpufft gewesen. Und wer bezahlt dann den Schaden? Nicht die Verursacher - nämlich diejenigen, die mit Leergeschäften spekulierten und ihr Geld damit machten, sondern der Steuerzahler schlechthin.

Unsere SPD-Fraktion hat es sich sicher nicht leicht gemacht - und sie waren alle in



den letzten Wochen zusätzlich zur zeitlichen Belastung auch einer extrem psychischen Belastung ausgesetzt.

Der jetzt entstandene Beschluss ist unter den derzeitigen Gegebenheiten und dem zögerlichen Verhalten der Regierung in meinen Augen ein weiser Beschluss. Dafür möchte ich euch Danke sagen.

Klärle Dorner
Griesingen

Ich finde die SPD hat nicht gekniffen, sondern richtig reagiert. Solange keine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird und den Spekulanten Tür und Tor geöffnet ist, kann nicht ohne jede Gegenleistung die EU einspringen. Die Banken, Spekulanten und Superreichen müssen endlich mit zur Kasse gebeten werden, nicht immer nur der "kleine Mann". Dieses gilt umso mehr, als die Deutsche Bank als Ziel für die Eigenkapitalrendite 25% vorgibt, da würden 0,05% oder gar 0,1% Finanztransaktionssteuer nicht ins Gewicht fallen, aber dem Staat zwischen 40 und 80 Milliarden Euro bringen.

Stefan Enderle
Ehingen/Donau

Spätestens am 4. Februar 2010 war klar, dass Griechenland ein Liquiditätsproblem hat! Spätestens von da an denkt Frau Merkel nicht an Verantwortung im Regierungamt sondern stattdessen denken sie, Herr Brüderle und Konsorten nur an populistische Machterhaltungsspiele - Preis inzwischen jenseits von 100 Milliarden EURO. Also kann niemand im Ernst erwarten, dass SPD und GRÜNE dem vorläufigen Schlussakord dieses Eiertanzes auch

noch zustimmen. Im Februar wäre das Ganze noch für maximal 20 Milliarden als außerordentliches Geschäft durch Großbanken zu stemmen gewesen. Das Kanzleramt lehnte sehr konkrete Vorschläge ab und trieb damit die Spekulation erst so richtig an, übrigens auch durch fehlenden energischen Widerspruch gegen die antigriechische Hetze entsprechender Blätter und infolgedessen an den einschlägigen Stammtischen dieser Republik. Mit dem ebenso nach Populismus gierenden Sarkozy nun diesem Schirm zu zimmern ist ebenso sinnlos wie ein Knirps bei Regen und Windstärke 10. Also war die Entscheidung auch gewissermaßen weise, noch besser wäre ein deutliches NEIN gewesen. Damit wäre aber auch eine klare Forderung zu verbinden gewesen, Geldmarktentscheidungen dürfen nicht mehr in einem Klub von ahnungslosen Regierungschefs und Ministern getroffen werden. Finanzminister Schäuble räumt ja auch öffentlich ein, nicht genug von Finanzmärkten zu verstehen.

Das Verbot von Leerverkäufen wird ebenso zur rein populistischen Nullnummer werden, weil diese Papiere nun im Dollarraum gebündelt werden, und wehe, sie kommen über den Anleiheweg ebenso gebündelt zurück, dann schießt der EURO in die Höhe und die EU-Wirtschaft hat ein doppeltes Problem insbesondere in Deutschland.

Die Firmen finanzieren derzeit über derartige Anleihepapiere sogar Löhne und Gehälter, ein schlimmer Sündenfall, wie jedem Kommunalpolitiker bekannt ist, denn damit stehen keine Werte gegen diese

Papiere. Noch dramatischere Geldmarktentscheidungen wären dann nötig. Doch wer soll die treffen? Wieder die Ahnungslosen? Europa wird sich dann dem amerikanischen Maßnahmenpaket unterordnen müssen, deren Finanzminister heißt Tim Geithner und der hat Ahnung.

Also war die Entscheidung von SPD und GRÜNEN sogar auch vorausschauend richtig.

Karl-Heinz Irgang
Blaubeuren

Meiner Meinung nach haben sich die Fraktionen von Grünen und SPD richtig verhalten.

- Das plötzliche Umfallen von 'FDP und Union bezüglich der Finanztransaktionssteuer lässt sich nur erklären, wenn man davon ausgeht, dass damit nur die Opposition eingekullt werden soll. Bisherige Gegner wollen diese Steuer plötzlich auch, weil sie ganz sicher davon ausgehen, das lässt sich europaweit sowieso nicht machen und ein deutscher Alleingang kommt überhaupt nicht in Frage.

Was gilt die Wette: Die Steuer kommt nicht, obwohl sie dringendst gebraucht würde.

- Bei einer Steuergröße von 0,005 Prozent = 0,5 Promille ist die Mehrwertsteuer von 19% genau 380 mal größer. Warum muss jede Handwerkerleistung, fast jeder Einkauf, jede Anschaffung und jede Dienstleistung 380 mal so hoch besteuert werden? Warum also nicht 0,5 Prozent oder 1 Prozent für diese zum großen Teil windigen Geschäfte?





Dieser Vergleich zeigt, diese neue Steuer auf Finanzgeschäfte ist schon seit Jahrzehnten überfällig. Seit langem wird der schon im Neuen Testament erwähnte Grundsatz "gebt dem Staate, was des Staates ist" von denen mit Füßen getreten, die viel haben, aber nicht einmal bereit sind, ein ganz klein bisschen zu geben. Da war der Mann, auf den sich doch zwei unserer Parteien direkt berufen, schon vor über 2000 Jahren geistig weiter.

Heute gilt: Schutz und Schonung für Milliardäre - Krieg den Hütten. Die Ursache hätte ich fast vergessen: Milliardäre können ganz leicht Millionen

spenden, ohne die manche Partei gar nicht existieren würde.

Georg Mangold
Ehingen

Meines Erachtens weder gekniffen noch weise, sondern einfach konsequent. Die in diesem Zusammenhang erhobenen Forderungen der Opposition wurden von der Kanzlerin in keiner Weise berücksichtigt. Die Aussage der Stimmenthaltung in diesem Fall ist doch: Im Prinzip ja, aber so nicht.

Gerhard Müller
Ehingen

Das Eilverfahren, mit dem das Hilfspaket durchgepeitscht wurde, begrün-

dete die Bundesregierung mit der Entwicklung auf den Märkten. Durch ihre zögerliche Haltung hat Merkel diese Entwicklung aber forciert. Egal ob feige oder weise. Die Enthaltung der SPD ist taktisch. In diesem Fall verständlich, finde ich. Man kritisiert zu Recht das (Euro-) Krisenmanagement der Kanzlerin und die noch offene Ausgestaltung des Rettungspaketes. Gleichwohl ist man europäisch-solidarisch und will eine Hilfe nicht verhindern. Also enthält man sich, wohl wissend, dass Schwarz-Gelb die erforderliche Parlamentsmehrheit zusammenbekommt.

Gerhard Tessin
Ehingen

Das war aus aktuellem Anlass die zweite Frage:

Am 31. Mai 2010 ist Bundespräsident Köhler von seinem Amt zurückgetreten. Zu Recht oder überreagiert?

Ich finde es schade, dass so ein fähiger Bundespräsident abdankt, nur wenn er sich äußert über die Krise im KRIEGSGEBIET.

Bei anderen Ministern, die sich einmal falsch äußern, wird die Sache unter den "Teppich gekehrt". Da sollten noch manche in Berlin den Hut nehmen, bevor unser Bundespräsident geht. Es ist nun mal ein Mann, der was darstellt und auch den nötigen Verstand hat und Bürgernähe zeigt. Bin mal gespannt, was nachkommt ...

Karl Braig
Stetten (b. Laupheim)

Manches Mal ist Schweigen halt schlimmer als Streiten. Dass "die Eigenen" geschwiegen haben, nicht an seiner Seite standen,

geschweige denn für ihn und mit ihm Stellung genommen haben, seine Aussage nicht relativiert haben, das Alles nagt und nagt und rechtfertigt menschlich seinen Rücktritt.

Er hat gesagt, was (auch) eine Rolle spielt. Keiner soll behaupten, dass der Einsatz unserer Soldaten rein zu unserem Schutze sei. Natürlich spielen viele andere Dinge (auch wirtschaftliche Interessen) eine Rolle.

Aber ich denke auch, dass er im Vorfeld schon oft die zweite Amtszeit bereut hat.

Elisabeth Couvigny-Erb
Blaustein

Ich war schon überrascht, als ich die Meldung im Radio hörte. Der Rücktritt wäre meiner Meinung nach nicht nötig gewesen. Ganz so un-

recht hat er in seinem Interview nämlich nicht gehabt. Kriege finden immer nur aus Machtgier, Bereicherungssucht und Expansionsdenken statt; so etwas zu sagen ist aber dann in dieser Gesellschaft nicht gerne gesehen.

Vielleicht hat Herr Köhler auch dies hier genutzt, um sich klar von der jetzigen Regierung zu distanzieren. Wenn er am weiteren Niedergang unseres Staates nicht beteiligt sein will, könnte ich seinen Rücktritt verstehen.

Stefan Enderle
Ehingen

Die Überraschung ist dem Herren im höchsten Staatsamt dieser Republik ja wohl gelungen; nachzuvollziehen ist dieser Schritt nicht. Wer mit Kritik nicht zimperlich umgeht, wenn es ans



Austeilen geht, muss auch Standfestigkeit in der anderen Richtung an den Tag legen können.

Ich glaube nicht, dass Herr Köhler dazu im Grunde nicht im Stande wäre, also muss es einen tieferen Grund geben.

Nach Lage der Dinge im Chaosclub in Berlin kann dieser dann wohl nur im bürgerlichen Verein von Frau Merkel zu suchen sein. Damit hätte der Bundespräsident aber just diesem Amt den Schaden zugefügt, den er seinen Kritikern mit seinem Schlusswort heute unterstellt hat. Leider bestätigt das auch wieder die

Radikalkapitalisten auf den Finanzmärkten in ihrer Selbsteinschätzung, wer nun wirklich die Hosen an hat.

Karl-Heinz Irgang
Blaubeuren

Ich werde einfach die Vermutung nicht los, dass die Kritik an der Afghanistanrede nur ein Anlass, aber nicht der Grund für den Rücktritt war.

Gerhard Müller
Ehingen

Heute morgen (1.6., Tag nach dem Rücktritt) habe ich die Passage aus Köh-

lers Interview nochmal nachgelesen und muss sagen, da steckt schon Sprengstoff drin!

Als Bundespräsident muss man seine Worte besonders wägen und darf sich nicht wundern, dass Reaktionen nicht ausbleiben.

Was die wahren Gründe für Köhlers Rücktritt sind, wird man - wenn überhaupt - so schnell nicht erfahren; die Missverständnisse bezüglich des Interviews gehen höchstens als äußerer Anlass durch.

Detlef Steiger
Freiburg/Breisgau

Bei aller Tragik auch ein Stück mit selber schuld?

Kein Personalrat auf dem Ehinger Rathaus

Man konnte es der örtlichen Presse entnehmen: Auf dem Ehinger Rathaus kam neulich keine neue Personalvertretung zustande, weil sich niemand mehr fand, der die Arbeit tun wollte. Man kann darüber rätseln, warum das so kam. Öffentlich erging man sich nur in Andeutungen.

Ein vermutlich ganz wesentlicher, wenn nicht der entscheidende Grund mag sicher darin liegen, dass sich auf dem Ehinger Rathaus längst eine Atmosphäre der Furchtsamkeit ausgebreitet haben muss, die eigentlich zum Himmel schreit, wenn nicht alle Anzeichen täuschen. Wer - in den Augen der Verwaltungsspitze - einmal das Maul aufgemacht hatte, durfte damit rechnen, ganz schnell in einen ganz anderen Zuständigkeitsbereich versetzt zu werden, wie man immer wieder vernahm. Nicht alle in Öffentlichkeit und Gemeinderat, die Herrn Krieger anlässlich seines bevorstehenden Abgangs jetzt gar so preisen, taten dies allezeit mit gleicher Vehemenz. Freilich, alles zuweilen medienwirksame Poltern contra Stadtoberhaupt konnte offenbar die Atmosphäre der Angst auf dem Rathaus nicht beenden.

Den Rathaus-Bediensteten wurde schon vor längerer Zeit **publizistische Unterstützung** angeboten. Eine Zeitlang erhielten die Dienststellenleiter/-innen per E-Mail unser **Rotes Füchse** zugesandt. Entsprechende Themen standen natürlich auch im Blatt. Das ging einige wenige Mal gut. Irgendwie uns gegenüber reagiert hat freilich **niemand** der Betroffenen. Dann geriet 's Rote Füchse in eine Sperre und kam auf dem Ehinger Rathaus plötzlich nicht mehr durch. Zufälle gibt's ... (Das angebliche Versehen wurde m. W. nie mehr rückgängig gemacht.) Das ist aber nicht alles: **Georg Mangold** machte sich die Mühe und schrieb unter seinem eigenen Absender demselben Empfängerkreis ein persönliches Mail. Er bot allen an, ihnen 's Rote Füchse unter einer beliebigen auch nicht-dienstlichen Adresse weiterhin gerne zukommen zu lassen, unverbildlich und kostenlos. Man möge ihm nur eine Mailadresse mitteilen. Vertraulichkeit wurde selbstverständlich zugesichert. **Reaktion: So gut wie keine**, und das bei so Vielen! Die Überlegung muss bei allem Verständnis also auch erlaubt sein: Wenn die Leute keine Unterstützung annehmen wollen und sich lieber voller Schiss verkriechen, tja dann ...

Dem möglichen neuen Vorsitzenden, der nach einiger Zeit dann doch noch "aufgetan" wurde, ist viel Kraft und mehr Glück bei einem baldigen neuen Oberbürgermeister zu wünschen. Dank gebührt auch denen, die hinter den Kulissen dazu beigetragen und ermuntert haben, die personalratslose Zeit auf dem Ehinger Rathaus zun überwinden. LD ■



Evelyne Gebhardt antwortet wieder dem Roten Fuchse

Liebes Rotes Fuchse,



auf geht's in die zweite Runde deiner Fragen zur Europäischen Union.

Mit dem Auto durch Europa - Licht an, Licht aus

Zugegeben: Im Moment herrscht in Europa ein heillooses Durcheinander, was die Tageslichtpflicht beim Autofahren in Europa angeht. In Deutschland etwa sind momentan nur die Motorradfahrer verpflichtet, auch bei Tag das Licht anzuschalten. In Ungarn dagegen auch die Autos, aber nur, wenn sie außerhalb von Ortschaften fahren. In Italien außerorts und auf Autobahnen und in den meisten Mitgliedsstaaten das gesamte Jahr über. Da kann man schon mal die Übersicht verlieren.

Seit 2005 beschäftigt sich auch die Europäische Union mit der Frage, ob eine Tagfahrlichtpflicht die Straßenverkehrssicherheit erhöht. Daher wurde im EU-Verkehrssicherheitsprogramm bis 2010 die Nützlichkeit des Tagfahrlichtes untersucht. Die Studien haben ergeben, dass das Fahren mit Tagfahrlicht die Unfallzahlen verringert, denn leuchtende Scheinwerfer werden besser erfasst als die Fahrzeuge selbst. Demzufolge denkt die Europäische Kommission nun über eine europaweite Regelung zur Einführung des Tagfahrlichtes nach. Ob als Empfehlung oder Vorschrift ist allerdings noch offen.

Übrigens: Ab 2011 müssen Neuwagen in der Europäischen Union mit sog. Tagfahrleuchten ausgerüstet werden. Das sind spezielle Frontleuchten, die sich automatisch ein-

schalten, wenn der Motor angelassen wird und die weit weniger Strom verbrauchen als die Hauptscheinwerfer.

Gut so.

Geschwindigkeitsbegrenzungen

Geschwindigkeitsbegrenzungen im Straßenverkehr sind grundsätzlich Sache der einzelnen Mitgliedstaaten, weswegen es erst zu den verschiedenen Regelungen innerhalb der EU kommt. Daher kann ich nur empfehlen, sich vor Urlaubsantritt mit dem Wohnwagen die geltenden Regeln in den Urlaubsgebieten genau anzuschauen und - selbst wenn dort eine höhere Geschwindigkeit erlaubt ist - mit dem Wohnwagen im Schlepptau allerhöchstens 80 bzw. 100 km/h schnell zu fahren. Ansonsten droht nämlich im Falle eines Falles Ärger mit der Versicherung. Denn Wohnwagen sind bauartbedingt in Deutschland nur bis 80 bzw. 100 km/h zugelassen.

Übrigens ist die Europäische Union zwar nicht dazu ermächtigt, nationalstaatliche Straßenverkehrsregeln zu ändern, allerdings kann sie die Hersteller von Autos dazu verpflichten, technische Vorrichtungen einzubauen, die für eine Geschwindigkeitsbegrenzung sorgen. Gerade diskutieren wir Abgeordneten des Europäischen Parlamentes etwa darüber zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit die Höchstgeschwin-

digkeit von schweren Fahrzeugen zur Beförderung von Waren und Personen (sog. Sprinter) auf 120 km/h zu begrenzen. Hersteller müssen diese Autos dann so ausstatten, dass die Geschwindigkeit bei 120 km/h automatisch heruntergeregelt wird.

Eine gute Sache finde ich: Solche Fahrzeuge, teils voll beladen, stellen nämlich bei hoher Geschwindigkeit eine echte Gefahr da. Und ganz nebenbei wird bei niedrigerer Geschwindigkeit der CO₂-Ausstoß reduziert, die Luft geringer verschmutzt und der **Kraftstoffverbrauch gesenkt.**

Neuwagenkauf

Beim Neuwagenkauf innerhalb der EU gibt es teilweise erhebliche Preisunterschiede. Dies kommt daher, dass in einigen Mitgliedsstaaten der EU hohe Luxus- und Beschaffungssteuern zu entrichten sind. Daher sehen sich die dort ansässigen Händler gezwungen, den steuerfreien Kaufpreis niedrig zu halten.

Seit Mai 2009 ist jeder Kfz-Hersteller verpflichtet, für jeden Neuwagen in der EU eine sog. Übereinstimmungsbescheinigung auszustellen. Dank dieser europäischen Bescheinigung kann also ein Deutscher ein in Frankreich gekauftes Neufahrzeug ohne Schwierigkeiten bei seiner deutschen Zulassungsstelle anmelden. Bei den Gebrauchtwagen ist es dagegen noch nicht so einfach.



Einen EU-einheitlichen TÜV für Autos fände ich persönlich auch sehr sinnvoll, damit einheitliche Sicherheitsstandards auf den europäischen Straßen gelten. Im Moment ist das aber **noch Zukunftsmusik**.

Verkauf von Alkohol

Die Zuständigkeit für die einzelstaatliche Alkoholpolitik liegt hauptsächlich bei den Mitgliedstaaten selbst. Daher variiert auch die Gesetzgebung zum Schutz vor den Gefahren des Alkohols innerhalb der Europäischen Union. Dies beginnt beim Mindestalter für den Kauf von Alkohol und geht bis hin zur Alkoholvermarktung. Darüber hinaus fördert die EU allerdings die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt deren Maßnahmen.

Bis heute gleichen sich deshalb die Strategien der Mitgliedstaaten durch diese Zusammenarbeit auf europäischer Ebene immer weiter an.

Die nördlichen Mitgliedsstaaten, allen voran Schweden, betreiben eine besonders eingeschränkte Alkoholpolitik. Daher verwundert es nicht, dass die Schweden außerhalb ihres Landes auch mal über die Stränge schlagen. Aber auch Schweden muss die Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes beachten, wie das Recht auf freien Warenverkehr. So hat etwa der Europäische Gerichtshof entschieden, dass auch der schwedische Staat Privatleuten die Einfuhr von Alkohol nicht grundsätzlich verbieten darf.

EU-Herkunftsbezeichnungen

Eigentlich ist es ganz einfach und trotzdem so furchtbar verwirrend. Die Europäische Union kennt nämlich gleich zwei Herkunftsbezeichnungen: Die sog. "**geschützte geographische Angabe**" (g. g. A) und die sog. "**geschützte Ursprungsbezeichnung**" (g. U).

So genießt etwa unser Schwarzwälder Schinken auch dann das Prädikat g. g. A., wenn die Schweinekeule aus einer anderen Region oder sogar aus einem anderen Land stammt. Der Schinken selbst muss allerdings im Schwarzwald hergestellt werden. Denn bei der g. g. A muss das Produkt entweder in der Region erzeugt, hergestellt ODER verarbeitet worden sein.

Dagegen erhält ein Produkt nur dann das Label g. U., wenn es innerhalb der Namen gebenden Region erzeugt, hergestellt UND verarbeitet worden ist. Beim Allgäuer Käse etwa muss die Milch von Allgäuer Kühen stammen. Zudem muss auch der Käse im Allgäu hergestellt worden sein.

Und, liebes rotes Fuchse, wie sieht's jetzt eigentlich mit dem **Parmaschinken** aus? Ein Schinken darf sich nämlich nur dann Parmaschinken nennen, wenn die verwendeten Schweine aus einer von insgesamt 11 Regionen Nord- und Mittelitaliens kommen, diese mindestens 9 Monate alt und 140 Kilogramm schwer sind. Zudem muss der Schinken, nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs ebenfalls in Parma geschnitten worden sein, um als echter Parmaschinken über den Ländchen gehen zu dürfen.

Doch nicht allein im Nahrungsbereich wird über Herkunftsbezeichnungen debattiert. In der vergangenen Plenarwoche hat das Europäische Parlament in Straßburg in erster Lesung etwa beschlossen, dass ein EU-weites Kennzeichnungssystem "Made in ..." für Textilien obligatorisch eingeführt werden soll.

Für uns **Sozialdemokraten** ist dies ein ganz wichtiger Etappensieg. Die Verbraucher und Verbraucherinnen haben nämlich ein Recht darauf zu erfahren, ob ein T-Shirt in einem EU-Mitgliedstaat oder einem anderen Land hergestellt worden ist. Damit wollen wir uns aber nicht zufrieden geben: Wir möchten zudem ein "Sozial-Label" mit Angaben, wie das Produkt entstanden ist und ob bei der Herstellung Menschenrechtsstandards beachtet wurden. Meiner Ansicht nach ist dies ein ganz wichtiger Schritt, um **Kinderarbeit** und **Sklaverei**, die in einigen Ländern noch immer an der Tagesordnung sind, endgültig den Nährboden zu entziehen. Produkte, die unter solch unmenschlichen Bedingungen hergestellt wurden, müssen endlich aus dem Einkaufswagen verbannt werden.

Bankgebühren

Moment, liebes Fuchse! Die Gebühren am Geldautomaten erhöhen sich mit einem Grenzüberschritt nach Bregenz nicht. Seit dem Jahr 2006 darf eine Bank nämlich für grenzüberschreitende Zahlungsvorgänge und grenzüberschreitende Überweisungen bis zu 50 000 € nicht mehr Gebühren erheben als für eine entsprechende Transaktion im Inland. Diese EU-Verordnung gilt für alle elektronisch





abgewickelten Zahlungen, für Überweisungen und eben auch für Geldabhebungen am Geldautomaten. Natürlich kann eine Bank auch weiterhin Gebühren erheben. Sie darf verschiedene Gebühren für Abhebungen durch eigene Kunden und durch Abhebungen durch Kunden anderer Banken machen. Ganz konkret also: Die Volksbank Lindau darf für Geldabhebungen ihrer eigenen Kunden niedrigere Gebühren festlegen als für Kunden der Sparkasse Memmingen-Lindau. Sie darf aber den Kunden der Raiffeisenlandesbank Vorarlberg keine höheren Gebühren berechnen als etwa den Kunden der Sparkasse Memmingen-Lindau.

Anm.: Jetzt hat 's Rote Füchsle mal wieder was dazugelernt. Danke! (LD)

Nichtraucherschutz

Auch der Nichtraucherschutz fällt grundsätzlich in den Gesundheitsbereich. Daher gilt auch hier: Zuständig sind die Mitgliedstaaten. Das führt deshalb auch zu erheblichen Unterschieden beim Nichtraucherschutz. Dabei geht man derzeit davon aus, dass Rauchen die Ursache von über 500 000 Todesfällen jährlich ist - alleine in der EU.

Jedoch war man in Straßburg

und Brüssel nicht untätig. So hat das Europäische Parlament genauso für ein EU-weites Verbot von Tabakwerbung gesorgt wie auch für die deutlich sichtbaren Warnhinweise auf beiden Breitseiten jeder Zigarettenspackung.

Seit dem 1. Oktober 2005 können die EU-Mitgliedstaaten auch abschreckende Bilder, sog. Schockbilder, der Europäischen Kommission im Rahmen der vorgeschriebenen Gesundheitswarnungen auf Tabakerzeugnissen verwenden. Eine Verpflichtung dazu gibt es aber nicht. **In Deutschland hat man sich etwa gegen die Verwendung der bildlichen Warnhinweise entschieden. Weil die CDU mal wieder vor der Tabakindustrie eingeknickt war ...**

Europäisches Wahlrecht

Nach dem Vertrag von Maastricht haben die Unionsbürger und -bürgerinnen, die die allgemeinen Voraussetzungen für das Wahlrecht erfüllen, das Recht, bei der Europawahl und bei Kommunalwahlen in ihrem Aufenthaltsland zu wählen, auch wenn sie nicht die Staatsbürgerschaft dieses Landes besitzen.

Auf eine Ausweitung des Wahlrechtes für EU-Bürger auf Landtagswahlen oder Bundestagswahlen konnten sich

die Mitgliedsstaaten damals aber nicht einigen.

Schade eigentlich ...

Angleichung Steuerrecht

Wir brauchen eine bessere Koordination der europäischen Steuerpolitik. Derzeit hat die Europäische Union nämlich einen gemeinsamen Binnenmarkt mit 27 unterschiedlichen Systemen der Besteuerung. Das kann langfristig nicht gut gehen.

Die Entwicklung bei Unternehmenssteuern etwa zeigt: Senkt ein Land seinen Steuersatz, ziehen andere nach. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern sowie eines Mindeststeuersatzes. Denn: Wer auch morgen einen leistungsfähigen Sozialstaat mit einer dynamischen Wirtschaft will, darf eine solide öffentliche Einnahmehasis nicht vernachlässigen. Die EU verfügt übrigens über ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem. Die sog. "Mehrwertsteuerrichtlinie" regelt u. a. den Mindestmehrwertsteuersatz, den ein Mitgliedsstaat mindestens verlangen muss, um Steuer-Dumping zu vermeiden, wie auch die Voraussetzungen, unter denen ein Mitgliedsstaat eine ermäßigte Mehrwertsteuer einführen darf. ■

's Rote Füchsle **bedankt sich herzlich bei Evelyne Gebhardt MdEP und ihrem Mitarbeiter Marc Lemanczyk**. Sie haben sich mit der Beantwortung unserer Fragen und Anregungen viel Mühe gemacht und sind in Details eingestiegen. So viel Zeitaufwand darf man nicht auf Dauer erwarten - aber vielleicht kann 's Rote Füchsle immer mal wieder die eine oder andere Frage stellen oder Anregung geben. **Ganz toll ist dann wie diesmal das Gefühl, man käme mit seinen Fragen auch an.** Zum Fragen wird auch unsere Leserschaft von Evelyne Gebhardt selbst eingeladen. **Wir sollten die Möglichkeit wahrnehmen!**

Büro Künzelsau: Keltergasse 47 - 74653 Künzelsau - Telefon: +49 (0)7940 591- 22
Telefax: +49 (0)7940 591- 44 - E-Mail: EGebhardt.MdEP@t-online.de - Team: Wolfgang Ellsäcker und Verena Buesink

Büro Brüssel: 60, rue Wiertz - 1047 Brüssel (Belgien) - Telefon: +32 2 284 - 5466 - Telefax: +32 2 284- 9466 - E-Mail: Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu - Team: Anna Niemann und Marc Lemanczyk ■



So stand es im Juli 2000 im Roten Fuchsle

Liebe Leserinnen und Leser

Wenn man/frau schon zwanzig Jahre und länger in einer Partei Mitglied ist, nicht nur als Karteileiche, sondern aktiv, dann bedeutet das ja nicht, dass einen nicht oft genug auch Zweifel überkämen. „Ist es richtig, was ich da tue? Investiere ich Zeit und Geld und Kraft und Nerven wirklich für die gute Sache? Muss ich mir von nichtswissenden Stammtisch-Krakeelern alles Fiese und Miese vorwerfen lassen und dass ich eh nur an mich und mein Wohl denken würde? Und dass alle politisch Tätigen lauter Gangster seien?“

Würde man nicht besser sein Geld in Urlaub und Aktien stecken? Seine Zeit ins Unkrautjäten oder in Bildungsreisen? Zu Hause einen edlen Tropfen trinken statt sich bei langen Sitzungen ewig an saurem Sprudel zu ergötzen und zwischendurch an Kamillentee?

Ja, ab und zu hat man solche Anwandlungen schon. Zum Beispiel auch, als es um die Veranstaltung mit den **Migranten-Vereinigungen** ging. Man kennt sich ja, man lädt ein, man überlegt ein Thema und wie man das formuliert — und dann kommt so gut wie keiner. Gut, beim Dienstagstreff danach gingen die SPD-Teilnehmer erst noch mit sich selbst zu Gericht: Vielleicht war die Einladung zu brav und zu bieder und nicht peppig genug. Vielleicht sind die vielen Zuwanderer über Jahrzehnte wenig gefragt und einbezogen worden. Und die eigenen Leute bleiben ja auch oft genug weg. Dass Migranten-Clubs ausgerechnet die SPD durch Ignorieren abstrafen, bleibt uns gleichwohl nicht ganz verständlich.

Wir haben schon vor einigen Jahren Information betrieben. Wir haben zu Veranstaltungen geladen. Wir haben entsprechende Gemeinderatskandidaten gesucht und aufgestellt — und noch nicht mal diese wurden anteilig gewählt. Nein, liebe Clubs der **Griechen, Italiener, Spanier, Portugiesen usw.**: Vielleicht solltet ihr euch schon auch ein klein bisschen bewegen. Dauerfrust ist hart, wenn man sich schon lange bemüht. Ähnliches gilt für **Kurden, Türken, Albaner, Serben, Kroaten usw.** Wer sich nicht auch selbst kümmert, hat womöglich und leider noch einen arg langen Weg bis zum Wahlrecht vor sich und muss dann wohl noch oft die Anderen über sich entscheiden lassen... **(Sehr viel hat sich bis 2010 wohl nicht geändert, oder?)** ■

So stand es im Juli 2000 im Roten Fuchsle

Die üblichen Wahlkampf-Dummenfangtricks der CDU

Laptop und Lederhose

Sie schrecken vor nichts zurück

Sie schrecken wieder vor nichts zurück — die Erfolgsleute der CDU. Freilich, es wäre sehr wohl sinnvoll, die Schülerinnen und Schüler ab einer bestimmten Klassenstufe mit tragbaren Computern auszustatten. Dies würde nicht nur Kosten verursachen, sondern durchaus auch welche einsparen helfen.

Zusatz im Jahr 2010: Man würde dazuhin sinnvollen, verantwortungsbewussten und am Recht orientierten Umgang mit zeitgemäßen Medien sowie Erkennen und Abwehr von deren Gefahren einüben ... (LD)

Nicht der Gedanke an “Laptops für Schüler” ist es also, der stört. Nein — sondern, dass man es ganz zufällig kurz vor der kommenden Landtagswahl so hinaustrumpet, dass zum Beispiel die Zentralredaktion der Schwäbischen Zeitung in Leutkirch, gottes- und noch mehr CDU-gläubig, wie sie sich gibt, es so darstellt, als sei es „schon fast so gut wie beschlossene Sache“, das ist wieder typisch.

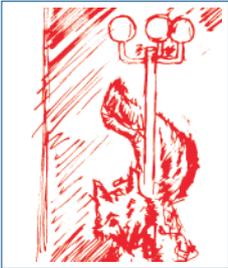
Dass die Landesregierung an den Schulen in Wirklichkeit an allen Ecken und Enden spart und kürzt, wird natürlich verschwiegen. Man will ja schon an der ganz normalen Lernmittelfreiheit immer wieder rumknabbern. (...)

Laptops für jeden Siebtklässler? Jetzt, 2010? 10 Jahre später nach der großmäuligen Ankündigung vom Jahr 2000? Nicht einer ... Sehr viel hat sich bis 2010 also wohl nicht geändert, oder?

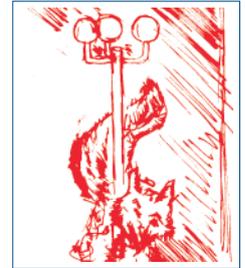
Mal sehen, was Herr Mappus vor der anstehenden Landtagswahl 2011 aus dem Hut zaubert, ähhhh, ankündigt zu zaubern, und was ihm seine “Gläubigen” wieder willfährig nachbeten. LD ■

Der Kunde ist der Depp

Der Kunde will anlässlich eines dörflichen Fests dem Aufruf der Gemeinde folgen und sein Haus mit Fähnchen schmücken: Europa, Deutschland und Baden-Württemberg - also nichts Ausgefallenes. Er bestellt online, bezahlt sofort und bittet um Lieferung binnen 10 Tagen. Das Fest war da, die Fähnchen nicht. Noch nicht mal irgendein Zwischenbescheid. ■



Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstag_s-Treff öffentliche Mitglieder- versammlung

6.
Juli

**Schwert
Ehingen
20.00 Uhr**

Stadtentwicklung - Erarbeiten von Prüfsteinen für OB-Kandidaten/-innen

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles: Kreistag
- siehe Hauptthema
- Verschiedenes

Nächster Dienstagtreff:
3. August 2010
Gaststätte Schwert

Öffentliche Mitglieder- versammlung

12.
Juli (Montag) **19.00 Uhr**
**Schwert
Ehingen**

Schwarz-Gelbes Sparpaket - Eine Gefahr für den sozialen Frieden und den Standort Deutschland?

- **Lothar Binding** MdB, Heidelberg
(kommt extra zu uns!)
- Verschiedenes

Nach Redaktionsschluss: Mitte Juni vernahm man, dass Afghanistan besonders reich an seltenen und hochbegehrten Rohstoffen wie Lithium, Kupfer u. a. sei. Oha?! Wird da außer unserer Freiheit am Hindukusch womöglich noch was ganz anderes "verteidigt"? Öl im Irak? Lithium in Afghanistan? ■

Flohmarkt: 17. Juli (6.00 bis 17.00): Helfer/-innen und Spender/-innen: HIER geschrieen!!! Danke!

Der Kunde ist der Depp

Am 11. Juni fiel in Teilem von Ehingen, einigen Teilorten sowie in Griesingen und Öpfingen der Strom aus. In Griesingen soll es am längsten gedauert habne, nämlich von etwa 8 Uhr bis gegen 15 Uhr. Bisher habe ich geglaubt, in den Schaltstellen der E-Werke würde sofort angezeigt, wo eine Störung herrühre. Wer aber diesmal anrief, konnte nur erfahren, dass die Fachleute zunächst selbst nicht recht wussten, wo die Ursache lag.

Zweitens habe ich das Wort "Stromnetz" bisher so verstanden, dass bei Ausfall einer Leitung durch Umschalten der Strom alsbald wieder über eine andere seinen Weg zu den Verbrauchern finde. Auch das schien über Stunden nicht zu klappen.

Las man anderntags die beiden Lokalzeitungen, wurde man auch nicht wirklich klüger, warum es zu der Störung kam, und warum es so viele Stunden dauerte. Dies schien aber wohl nicht an der Presse zu liegen! Und schließlich: Man hat eine Tiefkühltruhe im Keller und glaubte beim Kauf, sie würde bei Stromausfall locker die Temperatur etwa 24 Stunden halten. In Wirklichkeit stand die Temperaturanzeige nach einigen Stunden nur noch auf minus 13 Grad, ohne dass man die Tür geöffnet hätte. Alles ein bisschen seltsam, oder? ■